



Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen e.V.



Landesverband NRW e.V. | Westerfeldstraße 14 | 33611 Bielefeld

Westerfeldstraße 14 | 33611 Bielefeld
Telefon: 0521-93 846 366 | Telefax: 0521-30 431 86
Mail: info@lvjg-nrw.de
www.lvjg-nrw.de

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
Herrn Dr. Marcus Optendrenk MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 43

40002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/2987**

Alle Abg

Bielefelder Volksbank
IBAN: DE56 4806 0036 4021 2745 00
BIC: GENODEM1BIE

Bielefeld, 1. September 2020

Schriftliche Anhörung des Hauptausschusses, des Innenausschusses, des Integrationsausschusses und des Ausschusses für Schule und Bildung

Sehr geehrter Herr Dr. Optendrenk,

anliegend erhalten Sie unsere Ausführungen zu einigen Punkten für die schriftliche Anhörung der Gremien zu den Themenbereichen: Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

Stärkeres Bewusstsein für Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu schaffen

Das Bewusstsein für Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen ist beim einzelnen Bürger*in noch nicht angekommen. Dabei gibt es heutzutage keine selbstverständliche Kultur einer Mehrheit mehr, keine abgeschlossenen kulturellem Milieus; wir müssen uns selbst ständig unserer eigenen Identität versichern. Diese unsere Identität steht heute immer neben anderen Identitäten. Für viele Menschen bedeutet der gegenwärtige gesellschaftliche Wandel das Schwinden ihrer sogenannten Normalität und wird als Verlust erfahren. Für den Einzelnen bedeutet das: seine unhinterfragte Identität erodiert. Eine Voraussetzung für ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus ist die Anerkennung unserer gesellschaftlichen Pluralität: Gesellschaft bedeutet die Verbindung der Unterschiede. Was uns eint, ist der Begriff der Würde des Menschen.

Die Bedeutung der Religionen und Weltanschauungen im politischen Feld und im öffentlichen Diskurs ist heute so hoch wie nie. Die zunehmende religiöse Pluralisierung stellt die Gesellschaft in Deutschland und Europa vor neue Herausforderungen: Säkularisierung, religiöse Radikalisierung, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus sind nur einige Stichworte, die unseren gesellschaftlichen Diskurs zu religiösen Weltanschauungen prägen. Damit die Integration junger Geflüchteter sowie das Miteinander von Juden, Christen und

Muslimen in der deutschen Gesellschaft weiter gelingen kann, sind persönliche Begegnungen nötig, die das Geschichtsbewusstsein schärfen, aber auch eine Vorbereitung auf das künftige Miteinander in Deutschland bieten, unabhängig von nationaler oder kultureller Herkunft. Wir müssen das Wir größer denken. Dies kann nur gelingen, wenn die Anstrengungen dazu miteinander unternommen werden und Einverständnis darüber besteht, dass allfällige Hindernisse und Widerstände im gemeinsamen Lernprozess überwunden werden können.

Zur jüdischen Erfahrung gehört es, immer wieder Klischees ausgesetzt zu sein: Theodor Adorno hat den Antisemitismus als „das Gerücht über die Juden“ bezeichnet. Um solche Stereotypen auszuräumen, muss bereits in der kindlichen Erziehung, aber spätestens beim Eintritt in die Schule damit begonnen werden, Kinder für einen reflektierten Sprachgebrauch und für einen entsprechenden Umgang miteinander zu sensibilisieren. Es reicht nicht aus, strittige Begriffe nur auszutauschen; sie müssen vielmehr in einen geschichtlichen Zusammenhang gestellt werden, damit Rassismus anhand von konkreten Beispielen erfahrbar und das eigene Verständnis dafür geschärft wird.

Verbesserung der empirischen Grundlagen

Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Organisationen bzw. Institutionen sollte eines der Hauptanliegen sein. 75 Jahre nach dem Ende von Zweitem Weltkrieg und der Schoa erscheint die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus oft nur noch als lästige Aufgabe an Schulen, Hochschulen und anderen Ausbildungsstätten.

Die *Zeitzeugenschaft* des Holocaust geht ihrem *Ende* entgegen. Nur noch wenige Überlebende der NS-Verbrechen können aus eigener Erfahrung sprechen. Daher sollte es eine gemeinsame Anstrengung sein, jedem/r Schüler*in, jedem/r Studentin*in und auch allen Referendar*innen, Auszubildenden und jungen Erwachsenen im Freiwilligen Sozialen Jahr die Möglichkeit zu Gesprächen und zum Erfahrungsaustausch mit jüdischen Organisationen/Verbänden, jüdischen Gemeinden und jüdischen Bürger*innen zu geben, um das Judentum in seiner ganzen Vielfalt, ja Widersprüchlichkeit kennenzulernen. Nur durch die persönliche Begegnung und die Vermittlung dessen, wie man sich heute als Jude/Jüdin in Deutschland fühlt, kann glaubhaft und fühlbar gemacht werden, welche Veränderungen in der Gesellschaft notwendig sind, damit alle Bürger*innen freier von Rassismus und Antisemitismus leben können.

Ein gutes Beispiel ist dabei die Synagogengemeinde in Köln, die es sich zur Aufgabe gemacht, Rechtsreferendare mindestens einmal in ihrem Referendariat zu einem Gespräch in die Jüdische Gemeinde einzuladen. Dies sollte bundesweit für alle Behörden in Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden vor Ort möglich sein, aber auch für Wohlfahrtsverbände und soziale Dienste, für Polizei und Bundeswehr, für Geistliche in der Ausbildung, für Religionslehrer*innen und für angehende Journalisten und Journalistinnen. Die Union progressiver Juden in Deutschland kann als Gemeindeverband derartige Kontakte vermitteln. – Workshops, in denen beispielsweise der Umgang mit Tod und Trauer oder die Bedeutung von Speisegeboten in unterschiedlichen Kulturen und Traditionen verglichen werden, können Einblicke in konkrete Lebenswelten gewähren und Gemeinsamkeiten aufzeigen.

Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Regelstrukturen aller gesellschaftlicher Bereiche ausbauen und stärken

Jegliche Form von Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus kann nur durch gezielte Maßnahmen wie Zeitzeugengespräche, Besuche von Gedenkstätten und Erinnerungsorten überwunden werden. Dadurch, dass das Negative dargestellt und benannt wird, können in Workshops und Seminaren eine gemeinsame Aufarbeitung und ein diversitätsorientiertes und diskriminierungskritisches Verständnis entwickelt werden. Ein gutes Beispiel ist dafür der Verein „begegnen e.V.“ in Nordrhein-Westfalen, der seine Tätigkeit wie folgt beschreibt:

„Wer die Zukunft nachhaltig gestalten will, muss die Vergangenheit verstehen und die Gegenwart positiv beeinflussen. Vor dem Hintergrund dieses Leitgedankens wurde begegnen e.V. im Juli 2019 gegründet. Empathie können nur Menschen füreinander entwickeln, wenn sie die Möglichkeit haben, sich zu begegnen und kennen zu lernen. Muslim*innen, Juden*Jüdinnen und Christ*innen haben durch begegnen e.V. die Möglichkeit aufeinander zuzugehen und gemeinsam von der Geschichte Europas zu lernen.

Zu Zeiten des wachsenden Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus, scheint ein gleichberechtigter, respektvoller, aber auch kritischer Meinungs austausch unabdingbar. In Form von Vorträgen, Bildungsveranstaltungen und Reisen werden Momente der Begegnung geschaffen und ein gegenseitiges Kennenlernen ermöglicht. Die Vergangenheitsvermittlung, der Austausch zu aktuellen gesellschaftsrelevanten Themen und die Überlegungen zu zukunftsorientierten Ansätzen sollen das Streben nach einem verständnisvollen Miteinander fördern.“

Weiterentwicklung der politischen Bildung und Demokratietarbeit

Politische Bildung und Demokratietarbeit sollte bereits in der Schule, aber auch in Nachbarschafts- und Jugendfreizeitzentren intensiviert und vermittelt werden. Politische Themen und die Auseinandersetzung mit der politischen Landschaft, aber auch mit einem aktiven Demokratieverständnis und mit der Bedeutung des Gemeinwesens kommen oft zu kurz. Mit Blick auf den hohen Anteil von Schüler*innen mit Migrationshintergrund ist auf allen Seiten eine verstärkte Bildungsarbeit nötig, die auf Teilhabe, Diversität und Inklusion zielt, aber auch den Primat des Rechtsstaats als Wert vermittelt. Dies betrifft grundsätzlich alle Generationen. Für Senioren bieten sich beispielsweise moderierte Erzählcafés an, in denen etwa nach biographischen Brüchen und der Erfahrung von Zugehörigkeit und Fremdheit gefragt wird: Wir erzählen Geschichte, indem wir Geschichten erzählen.

**Ausbau der Unterstützung von Betroffenen von rassistischer Diskriminierung und sozialem Umfeld;
Wirksamer Opferschutz und Verbesserung von nachhaltigen Strukturen der Rassismusbekämpfung;**

Der Ausbau der Unterstützung von Betroffenen ist ein generelles Problem in Deutschland. Minderheiten wie die Sinti und Roma und die die ganz heterogene Gruppe der Geflüchteten werden in Deutschland weiterhin diskriminiert, benachteiligt und nicht in die Alltagsgesellschaft integriert. Hier muss bereits im Kindergarten und in der Schule dafür Sorge getragen werden, dass Diskriminierung sich nicht fortsetzt. Viele beispielhafte Projekte wie etwa die jüdische Kindertagesstätte *Tamar* in Hannover, die auch nichtjüdischen Kindern offensteht, vermitteln, dass es Menschen unterschiedlicher Nationalität, Hautfarbe oder Religion gibt, die aber alle gleich sind. Um diese Erkenntnis verinnerlichen und weitertragen zu können, muss ein noch größerer Stellenwert auf die entsprechende Ausbildung von Erzieher*innen, Lehrer*innen und Ausbilder*innen gelegt werden.

Stärkung gleicher Teilhabechancen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte

Menschen mit Einwanderungsgeschichte sollte grundsätzlich der Zugang zu Bildung und zur Berufsausübung vereinfacht werden. Nur wer hier „angekommen“ und auch zufrieden ist, kann sich in die Gesellschaft integrieren, an ihr partizipieren und sich „zu Hause“ fühlen. Es gibt etliche Erfolgsgeschichten, insbesondere unter iranischen und vietnamesischen Zuwanderern. Am Beispiel der jüdischen Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion wird aber deutlich, dass es auch hier noch Defizite gibt. So werden bei diesem Personenkreis die erwirtschafteten Rentenansprüche aus den GUS-Staaten in Deutschland im Gegensatz zu denen der Spätaussiedler nicht anerkannt. Dies bedeutet, dass jemand aufgrund des Alters in der Bundesrepublik beruflich nicht mehr Fuß fassen oder erst spät ins deutsche Berufsleben eintreten konnte, im Alter nur Grundsicherung erhalten wird. Hier werden Personen als „faul“ abgestempelt, auch wenn ihre Biographien das Gegenteil beweisen und sie beispielsweise 30 Jahre lang in Russland berufstätig waren.

Die Erstellung eines **Masterplanes** unterstützen wir ausdrücklich!

Die o.g. Ausführungen sind nur ein Teil der Themen, die unseren Landesverband und damit unsere Gemeinden betreffen.

Gerne stehen wir für weitere Fragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Irith Michelsohn
Geschäftsführerin